

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Michael Mertsch

## Flüchtlinge

Die Versuche der Regierung, Flüchtlingslager aufzulösen und Menschen zurückzusiedeln, gehen vor allem im Osten des Landes weiter. Obwohl die Regierung rückkehrenden Familien finanzielle Unterstützung zugesagt hat, gibt es zahlreiche Fälle, in denen diese Zahlung nur verspätet oder gar nicht erfolgt. Allein in Eravur warten etwa 10.000 Personen, die aus Batticaloa zurückgekehrt sind, seit längerer Zeit auf die versprochenen Gelder. Besonders schwer haben es immer noch Frauen, die im Zuge der Konflikte ihren Ehemann verloren haben. Zur Zeit leben allein im Batticaloa Distrikt etwa 18.000 Witwen. Sie erhalten zum Teil Unterhaltszahlungen der Regierung von 150 Rupien (etwa 5 DM) im Monat. Hilfestellungen für eine Rückkehr in Heimatdörfer fehlen völlig.

## Neue Militäraktion im Norden

Seit Ende September/Anfang Oktober sind rund um den sogenannten Elephant Pass im Norden Sri Lankas schwere Gefechte in Gang. In nur wenigen Tagen sind diesen Auseinandersetzungen auf beiden Seiten mehrere Hundert Personen zum Opfer gefallen, darunter auch zahlreiche Zivilisten. Die Armee will offensichtlich mit diesem jüngsten Vorstoß versuchen, Gebiete südlich des einzigen Landzugangs zur Halbinsel Jaffna, die weitgehend unter Kontrolle der LTTE stehen, wieder zurückzugewinnen. Mit 10.000 bis 12.000 Soldaten gelang es ihnen in den ersten Tagen vom Pass aus in Richtung Süden auf die Stadt Kilinochchi vorzudringen. Nach bisher unbestätigten Meldungen soll es der Armee inzwischen auch gelungen sein, den einzigen Zugangsweg der Zivilbevölkerung nach Jaffna über die verbotene Kilali-Lagune zu unterbrechen. Dies hätte fatale Folgen für die Situation in Jaffna - die Halbinsel wäre, abgesehen vom Schiffsverkehr aus Colombo und Trincomalee, völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Die Militärattacke erfolgt nur wenige Tage nachdem von Colombo offiziell die Verhandlungen mit dem

UNHCR über die Öffnung eines sicheren Landwegs für die Zivilbevölkerung von und nach Jaffna für gescheitert erklärt wurden. Noch Mitte August hatten Zeitungen in Sri Lanka berichtet, daß der UNHCR neue Anstrengungen zur Aufnahme von Gesprächen mit Regierung und LTTE machen wird. Es war zuvor keine Einigung möglich, zuletzt vor allem, weil die LTTE nicht zustimmen wollte, daß die srilankische Armee das Recht zu Kontrollen erhält.

Nach der Ankündigung von weiteren Gesprächen über eine Wiederöffnung der Fährverbindung Sangupiddy-Pooneryn wurde der UNHCR wieder Ziel von Attacken in zahlreichen Zeitungen, aber auch verschiedene Politiker. Frau Bandaranaike verkündete öffentlich, daß "der UNHCR selbsterklärend keinerlei Recht hat, sich mit einer derartigen politischen Frage zu befassen."

## Zusagen nicht erfüllt

Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) hat beklagt, daß nur wenige der von der Regierung akzeptierten 30 Empfehlungen, die nach einem Besuch der Organisation im Herbst 1991 gegeben wurden, in vollem Umfang beachtet worden sind.

Mit Verweis auf die moralische und rechtliche Verantwortung der srilankischen Regierung zur Beachtung der Menschenrechte sagte ai, auch in einer Situation des Bürgerkriegs können Notstandsgesetze nicht als Entschuldigung für die Verletzung von fundamentalen Rechten der Menschen im Lande verwendet werden.

## Sicherheitszone entlang der Küste

Die indische Regierung hat Sri Lanka aufgefordert, unverzüglich die seit dem 3. September bestehende Sicherheits- und Verbotszone zwischen den Küsten der Distrikte Trincomalee, Mullaitivu, Jaffna, Kilinochchi und Mannar und den territorialen Seegrenzen Sri Lankas bzw. der indo-srilankischen Seegrenze aufzuheben. Innerhalb dieser Zone darf sich ohne Genehmigung der srilankischen Regierung grund-

sätzlich kein Boot aufhalten. Von indischer Seite ist man nicht bereit, die daraus entstehenden Einschränkungen für den indischen Schiffsverkehr und indische Fischer hinzunehmen.

Aus "Gründen der Sicherheit Sri Lankas", so die Regierung in einer Mitteilung, stehe eine Aufhebung der Verbotszone jedoch zur Zeit nicht zur Diskussion. Jedoch erklärten offizielle Stellen, daß die srilankische Marine bei allen Operationen gegen private Boote "sehr vorsichtig" vorgehe.

## Übergriffe der Polizei

Am 19. September setzte die Polizei während einer Demonstration in Beliatta im Hambantota Distrikt, die von mehreren Parlamentariern der SLFP geführt wurde, massiv Tränengas ein. Eine Menge von etwa 4.000 Demonstranten hatten sich dort eingefunden, um gegen steigende Lebenshaltungskosten, schlechte wirtschaftliche Bedingungen und die Unfähigkeit der Regierung zur Lösung gerade dieser Probleme im Süden zu protestieren. Mahinda Rajapakse, als SLFP Vertreter im Parlament, betonte, daß die Demonstrationsteilnehmer zu keiner Zeit gegen Gesetze verstoßen hätten. Ein Polizeisprecher sagte lediglich, daß die Demonstration in dieser Form nicht genehmigt gewesen sei und man daher keine anderen Möglichkeiten zu einer Beendigung gesehen habe.

## Klagen des Premierministers

Premier Ranil Wickremasinghe hat sich anlässlich einer Veranstaltung im Kurunegala Distrikt bitter über die srilankische Presse beklagt. "Die Regierung hat 71 Zeitungen zugelassen, aber 70 von ihnen greifen die Regierung an", sagte er vor einer großen Zuhörerschaft. "Die Zeitungen sind gegen unser Regime, aber sie genießen absolute Freiheit und niemand wird sie daran hindern. Sri Lanka ist ein demokratisches Land, in dem die Menschen ein Recht haben, ihre politischen Führer zu kritisieren".